



# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

7. Juni 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

einige werden es schon wissen: **Ich habe mich entschieden, bei der Bundestagswahl im September 2017 nicht noch einmal zu kandidieren.** Zwölf Jahre werde ich dann Darmstadt und den westlichen Teil des Landkreises Darmstadt-Dieburg im Bundestag vertreten haben – und das war und ist mir eine Freude und Ehre!

Zwölf Jahre Bundestag mit verschiedenen Ämtern, mit den unterschiedlichsten Themen und Projekten im Wahlkreis, drei Mal in intensiven Wahlkämpfen das Direktmandat gewonnen – und auch mein Leben davor war nicht durch Langeweile geprägt. Was man mit 50 noch sportlich nimmt, nagt 13 Jahre später an der Substanz. Und das ist der Grund für meine Entscheidung. Mit dem Zusammentritt des nächsten Bundestages werde ich das 64. Lebensjahr fast vollendet haben und ich spüre, dass ich die enorme Arbeitsbelastung nicht mehr so „mir nichts, dir nichts“ wegstecke. **Bis zum Ende der Legislatur werde ich mit voller Kraft dabei sein – aber dann den Staffelstab übergeben!**

Am Freitag habe ich das den Parteimitgliedern meines Wahlkreises mitgeteilt. Und am Wochenende hat der SPD-Unterbezirksvorstand einstimmig **beschlossen, Christel Sprößler, die Bürgermeisterin von Roßdorf, als meine Nachfolgerin zu unterstützen.** Inzwischen hat auch die Landkreis-SPD Unterstützung signalisiert, das finde ich super! Christel Sprößler wird das sehr gut machen! Und natürlich werde ich im kommenden Bundestagswahlkampf helfen, wo ich kann.

Noch allerdings läuft ja die aktuelle Wahlperiode mit voller Kraft. Im Bundestag diskutieren wir diese Woche unter anderem einen **Gesetzentwurf zur Terrorismusbekämpfung, die Zukunft der Stasiunterlagenbehörde** und würdigen die **deutsch-polnischen Beziehungen.**

Und ich habe Besuch von **Felix Merker aus Griesheim**, der am Planspiel „Jugend und Parlament“ teilnimmt und mit über 300 anderen Jugendlichen aus ganz Deutschland die Arbeit im Bundestag nachstellt.

Ich wünsche Euch und Ihnen eine schöne Woche!

*Euse / Ihre Brigitta Zypries*

+++ Bürgersprechstunde +++

Direkt gewählt – direkt erreichbar

Am 28. Juni veranstalte ich wieder eine Bürgersprechstunde im Darmstädter Bürgerbüro in der Wilhelminenstraße 7a. Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis, die über die aktuelle Politik in Berlin oder ein anderes Thema mit mir sprechen möchten, sind hierzu herzlich eingeladen!

Die **Bürgersprechstunde findet statt am Dienstag, den 28. Juni, ab 12.30 Uhr.**

Dazu ist eine Anmeldung bei meinen Mitarbeiterinnen im Wahlkreisbüro erforderlich, damit ich zeitlich planen und mich gegebenenfalls auf Ihre Themen schon einmal vorbereiten kann.

Das Büro ist erreichbar unter 06151-360 50 78 oder auch per E-Mail an [brigitte.zypries.wk@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries.wk@bundestag.de)



+++ Ausschreibung +++

Deutscher Mobilitätspreis

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat gemeinsam mit der Initiative „Deutschland - Land der Ideen“ einen Wettbewerb ausgeschrieben:

**Bis zum 3. Juli 2016** können sich deutschlandweit Start-ups, Unternehmen, Verbände, Forschungseinrichtungen oder Universitäten mit Sitz in Deutschland mit ihren **Ideen für Mobilität der Zukunft** bewerben.

Wie können Menschen Strecken schnell, sicher, komfortabel und barrierefrei überwinden? Wie können möglichst viele Menschen an der digitalen Zukunft der Mobilität teilhaben? Car-sharing, Mobilitäts-Apps, Navigationssysteme – es gibt im Bereich der mobilen Gesellschaft eine große Anzahl innovativer Ideen.

Unter [deutscher-mobilitaetspreis.de](http://deutscher-mobilitaetspreis.de) kann man sich mit Ideen bewerben.

### Besserer Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus

Wir haben in dieser Legislaturperiode schon einiges unternommen, um der Bedrohung durch Terroristen zu begegnen. Genannt seien zum Beispiel der neue **Straftatbestand der Terrorismusfinanzierung** oder die **Strafbarkeit von Reisen in Terrorcamps**. Inzwischen gibt es auch die Möglichkeit, gewaltbereiten Extremisten, die in Ausbildungscamps oder zur Kriegsteilnahme ausreisen wollen, den **Personalausweis zu entziehen**. Bisher konnte man das nur mit dem Reisepass – und dann sind die Extremisten eben mit ihren Personalausweisen zum Beispiel über die Türkei nach Syrien gelangt.

All das sind bereits wichtige Maßnahmen. Aber besonders die letzten Terroranschläge in Paris und Brüssel haben es gezeigt: **Terroranschläge lassen sich nicht im nationalen Alleingang verhindern oder aufklären**. Es ist für Ermittlungserfolge und Prävention von Straftaten ganz entscheidend, dass die **Sicherheitsbehörden in Europa und Deutschland besser zusammenarbeiten** können. Besonders wichtig: Die Zusammenarbeit internationaler Nachrichtendienste.

Es gibt in Europa einen informellen Zusammenschluss von 30 Nachrichtendiensten, die „Counter Terrorism Group“. Darin vertreten sind die Inlandsnachrichtendienste aller EU-Staaten, Norwegens und der Schweiz. Dort wird am einfacheren und schnelleren Austausch von Erkenntnissen über islamistischen Terrorismus gearbeitet, unter anderem durch die Einrichtung einer gemeinsamen Datei. Solch eine Datei dürfte der Bundesnachrichtendienst nach derzeitiger Rechtslage nicht führen, denn es wäre nicht erlaubt, ausländischen Diensten automatisierten Abruf darauf einzurichten.

In den Bundestag wird am Donnerstagmorgen ein Gesetzentwurf eingebracht, der das ändern und es ermöglichen soll, dass **Deutschland hier mit den anderen Nachrichtendiensten kooperieren und gefährliche, länderübergreifend agierende Terrornetzwerke bekämpfen kann**. Die gemeinsamen Dateien müssen dabei den strengen Vorgaben unserer Verfassung und des Datenschutzes gerecht werden und eindeutige, rechtsstaatliche Vorgaben für Dateneingabe und Zugriff befolgen.

Außerdem sind einige Veränderungen in den Befugnissen der Bundespolizei vorgesehen, die es zum Beispiel durch den Einsatz verdeckter Ermittler leichter haben soll, Menschenschleuserbanden aufzuspüren. Was diese Schleuser tun, ist verachtenswerte organisierte Kriminalität, die den Tod von Menschen für den eigenen Profit billigend in Kauf nimmt. Das mit aller Kraft zu bekämpfen, ist dringend geboten.



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin*

*Bilder:*

*Thomas Ecke/Berlin (S. 2.)  
Lina Kramer (S. 3)*

### 25 Jahre Deutsch-Polnischer Nachbarschaftsvertrag

Die heute freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind das Ergebnis eines langen Prozesses der Vergebung und Versöhnung. Das Verhältnis der beiden Länder ist historisch belastet durch die an Millionen Polinnen und Polen verübten Verbrechen der Nazizeit und die Teilung Deutschlands und Europas im kalten Krieg. Es war besonders die mutige Ostpolitik Willy Brandts, die die langsame Normalisierung des Verhältnisses ermöglicht hat. Vor 25 Jahren, am 17. Juni 1991, haben Polen und Deutschland einen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Das war der Beginn einer neuen Ära in der Geschichte der Beziehung beider Länder. Anlässlich dieses Jubiläums diskutieren wir im Bundestag am Freitagmorgen einen Antrag, der fordert, Versöhnung, Partnerschaft und Zusammenarbeit mit unserem Nachbarn weiter zu unterstützen, auch über die Förderung der Arbeit deutsch-polnischer Projekte und Institutionen – das Deutsche Poleninstitut bei uns in Darmstadt ist ein wichtiges Beispiel. Dort werde ich übrigens am Freitagabend sein, wenn das Institut die Eröffnung seiner neuen Räumlichkeiten feierlich begeht!

### Antrag Aufarbeitung der SED-Diktatur und Wahl eines Nachfolgers Stasiunterlagenbehörde

Am Donnerstagnachmittag geht es im Bundestag um die Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Archivierung und Zugänglichmachung der Stasi-Unterlagen. Für die Aufarbeitung des in der SED-Diktatur geschehenen Unrechts ist es wichtig, authentische Erinnerungsorte zu erhalten, die Stasiakten weiter zu erschließen und dauerhaft zu sichern. Fast drei Jahrzehnte nach der friedlichen Revolution ist und bleibt das aktuell – für Betroffene, für die Forschung und für die „Nachgeborenen“.

Damit die dauerhafte Sicherung der Akten und Geschichtszeugnisse gewährleistet bleibt, soll in der nächsten Legislaturperiode ein vernünftiges Konzept für die Zusammenführung von Stasiunterlagenarchiv und Bundesarchiv erarbeitet werden.

Im Anschluss an die Diskussion wählt das Parlament den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR für die kommenden fünf Jahre. Der Vorschlag der Koalition ist es, den Amtsinhaber Roland Jahn wiederzuwählen. Er hat bereits eine Amtszeit hinter sich und darf gemäß Stasiunterlagengesetz einmal wiedergewählt werden.